PM des AfD-Stadtverbandes Frankfurt (Oder) zur CDU-Forderung nach Einführung einer Bezahlkarte für Asylanten in Frankfurt

In der Ausgabe der MOZ vom 28.02.2024 präsentiert sich die CDU Frankfurt (Oder) mit ihrem Kommunalen Wahlprogramm für die Wahl im Juni. Besonders hervorgehoben wird dabei die Forderung nach Einführung einer Bezahlkarte für Asylanten auch in Frankfurt (Oder). Dies ist zwar eine bundesweite Initiative, muss aber rechtlich durch die Landkreise und kreisfreien Städte in Deutschland umgesetzt werden.

Zur Untermauerung ihrer Forderung stellt die CDU Frankfurt (Oder) gleich noch einen Antrag im Hauptausschuss am 4.März und begründet dies wie folgt:

„Mit der Einführung der Bezahlkarte senken wir den Verwaltungsaufwand, unterbinden die Möglichkeit, Geld aus staatlicher Unterstützung in die Herkunftsländer zu überweisen und bekämpfen dadurch die menschenverachtende Schlepperkriminalität.“

„Den größten Teil der auf die Karte aufgeladenen finanziellen Mittel können die Asylbewerber nur zur Kartenzahlung in Geschäften nutzen. Lediglich 182,- € (6,- € täglich) für den persönlichen Bedarf können sich die Asylbewerber dort zukünftig am Geldautomaten auszahlen lassen.“

Die AfD-Frankfurt erklärt dazu:

Damit will sich die Frankfurter CDU nur allzu durchsichtig als vermeintliche Law-and-Order Partei präsentieren, wie bereits mit der Forderung nach Grenzkontrollen. Doch kein einziges Wort zu ihrer eigenen massiven Verantwortung für die Flutung unseres Landes seit 2015 mit Migranten aus vermeintlich humanitären Gründen.
Diese Gründe waren damals dermaßen „humanitär“, dass unsere europäischen Partner beinahe jegliche Hilfe und Unterstützung für Deutschland zur Bewältigung ablehnten.
Auch in der neuerlichen Migrationskrise fiel die Union vor allem durch Schweigen und durch öffentliche Zustimmung auf. Sämtliche Appelle und Lösungsvorschläge zur Krisenbewältigung seitens der AfD - Grenzkontrollen und deutliche Reduzierung der Migrationsanreize - wurden umgehend diffamiert, in die altbekannte „rechte Ecke“ gestellt und als *„menschenverachtend“* verschrien.
Heute nimmt die CDU die AfD-Forderungen als ihre auf und deklariert diese als *„rechtsstaatlich“*.

Nun kann die CDU Frankfurt beweisen, wie ernst es ihr mit der umgehenden Einführung der Bezahlkarte in unserer Stadt wirklich ist. Ob sie, wie meist, wieder einknickt und nur einen Schaufensterantrag vor der Wahl plakativ platzieren wollte?
Die CDU ist noch lange nicht aus ihrem Merkel-Delirium erwacht, besonders nicht die Frankfurter. Was macht sie, wenn wir mit für ihren Antrag stimmen?